

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Bundesrepublik-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachgelehrte: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Februar 1928 bei 100. unvermehriger Auflage frei Haus 1.50 Mk.

Postbeauftragter 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Seite 15 Pg. für auswärts 10 Pg. Familienanzeigen und Stellenanzeige ohne Aufschlag 10 Pg. außerhalb 20 Pg., die zu mindestens 100 Pg. unterhalb 20 Pg. Überdruck 20 Pg. Auszug Aufdruck eines Vorausdrucks.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Lippisch & Reichardt in Dresden
Vorlesungs-Rente 1068 Dresden

Notizkarte nur mit deutscher Quellenanrede: „Dresdner Nachrichten“ ist gültig. Unterlängste Schriftstücke werden nicht anerkannt.

Die Rechtlosigkeit des besetzten Gebietes. 1500 durch Militägerichte verurteilte Deutsche, 200 Ausschreitungen der Soldaten im Jahre 1927.

Ein „unbequemes Thema“ zur Mittagsstunde.

Die Besprechungen der Not der besetzten Gebiete vor leeren Hause.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Febr. Reichstagsitzungen, die um zwölf Uhr beginnen, pflegt der Parlamentarier nicht sonderlich zu schwören, da man zu dieser Stunde am meisten das Mittagessen einnimmt. Wenn sich aber der Deutsche Reichstag heute, wo das Thema der besetzten Gebiete zur Debatte steht, nicht veranlaßt fühlt, seine sonstige Gesetzesfähigkeit einmal zurückzustellen, dann kann das nur ein Zeichen dafür sein, daß es sich über die Wirkung dieses Verhaltens offenbar nicht im klaren ist. Die Not der besetzten Gebiete ist wirklich groß genug und ein deutliches Schicksalproblem, das deutsche Parlamentarier, selbst wenn die Nieden an sich nichts Neues bringen, dazu bewegen sollte, einmal eine Annahme von ihrer sonstigen bürgerlichen Lebensordnung zu machen. Was soll das Ausland denken, dessen Vertreter zwar nicht in der Diplomatenloge, aber immerhin auf der Pressetribüne sitzen, wenn ein beratiges Thema vor einem Hause verhandelt wird, das vor Freude geradezu gähnt? Welche eigenartigen Gedanken mögen sich darüber hinaus die Tribüne der deutschen Zuhörer machen, die auf der Tagesordnung das Thema „besetzte Gebiete“ lesen und die Erfahrung machen, daß jede Partei nur durch ein paar mehr oder weniger kommandierte Zuhörer Anteil nimmt?

Der Verlauf der Reichstags-Sitzung.

Berlin, 2. Febr. In der heutigen Reichstagsitzung wird der Eindruck der kommunistischen Abgeordneten und Vertragsparteien ihre vom Vizepräsidenten Graf verfügte Ausweisung aus der Sitzung vom 27. Januar gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. Dann wird in dritter Veratung der Gesetzentwurf über Deutschlands Beteiligung am Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag angenommen.

Es folgt die zweite Veratung des Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete. — Abg. Witte (Soz.) führt Klage darüber, daß das Auftreten der Besatzungsbehörden noch immer die schweren wirtschaftlichen Schäden für die Bevölkerung dieses Gebietes zur Folge habe. Die Arbeitslosenzahl sei dort um 30 bis 50 Prozent höher als im übrigen Reich. Reich und Staat sollten diesem Gebiet eine willkürliche Hilfe leisten, vor allem durch eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und des ganz unhalbaren Zustandes der Straßen. Bei der Verteilung des Kulturfonds sollte das besetzte Gebiet gerechter berücksichtigt werden. Wir ersuchen den Tag, an dem an Stelle der Tricolore am Rhein unsere schwarz-rot-goldene Reichsfahne flattert.

Staatssekretär Schmid

vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete erklärt zunächst, daß der Reichskanzler leider durch Krankheit verhindert sei, den Staat selbst hier zu vertreten. Die Regierung bemühe sich, den schweren wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung des besetzten Gebietes lastet, zu mildern. Wohlhabenswert wäre es, wenn auch die Länder diesem Gebiet öffentliche Aufträge in größerem Umfang zuweisen würden.

Die Besatzungsverminderung hat auf Freigabe von 486 Wohnungen geführt, denen aber immer noch über 8000 beschlagnahmte Wohnungen gegenüberstehen. (Hört, hört!) Die französische Militärjustiz zieht noch immer jährlich rund 1500 deutsche Bürger vor ihre Schranken, meist wegen Bagatellachen. Über 200 Ausschreitungen trender Soldaten waren auch 1927 zu verzeichnen.

Der Staatssekretär geht dann auf den Kulturfonds ein, der verändert werden solle, um den Fortbestand der Theater und Orchester im besetzten Gebiet zu sichern. Die Mittel für kulturelle Fürsorge im besetzten Gebiet müssen den gleichen Betrag auf wie im Vorjahr. Der Reichsrat hat die Position von 3 auf 4 Millionen Mark erhöht. Die Reichsregierung glaubte aus grundlegenden Erwägungen diesem Beschluss nicht folgen zu können. Andererseits hat sie sich bereiterklärt, überplanmäßige Mittel bereitzustellen, die erforderlich sind, um lenen in ihrer Existenz bedrohten Theatern und großen Orchestern des besetzten Gebietes den Weiterbestand zu ermöglichen. Dieser Abschnitt der Kultursiege im besetzten Gebiet erscheint auch der Reichsregierung als besonders wichtig. Im Sinne des Entschließungsantrittes des Haushaltshauses sind Verhandlungen mit den Länderregierungen und Gemeinden bereits in die Wege geleitet, um das Ausmaß der für die Theater und Orchester erforderlich werdenden Unterstützung sicherzustellen.

Schon jetzt muß freilich gestanden werden, daß in keinem Falle mehr als eine Million Mark erwartet werden kann. Diese Belastung bringt es mit sich, daß im Theater- und Orchesterwesen des besetzten Gebietes einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen getroffen werden müssen. Mit Zustimmung der Reichsregierung sind

Mittel zur Förderung von Wirtschaft und Arbeit im besetzten Gebiet in gleicher Höhe wie im Vorjahr, d. h. 800 000 Mark, vom Haushaltshaushalt eingelebt worden. Die Reichsregierung stimmt mit dem Ausdruck auch darin überein, daß diese Mittel nicht in zahlreichen Einzelhilfesätzen verteilt werden, sondern zu einer insgesamt größeren Förderung der Wirtschaft in größerem Maße Ver-

wendung finden sollen. Die Reichsregierung ist auch der Ansicht, daß die Weitergewährung der Fahrtentlastungen an die Saarländer erfolgen soll, solange deren Vollzage fortanbart. Zu diesem Zweck ist im Haushalt ein Betrag von vorerst 1,5 Millionen Mark eingelegt. Sollte dieser Etatansatz sich als nicht ausreichend erwiesen, so wird den gezeigten Körperstaaten rechtzeitig die Nachbewilligung entsprechender Mittel empfohlen werden.

Erwähnt sei hier auch der Grenzfond, der mit seinem für die westlichen Grenzgebiete bestimmten Teil gerade auch für das besetzte Gebiet bedeutsam ist. Die Berechnungen hierüber werden bei dem Haushalt des Reichsinnerministeriums erfolgen. Staatssekretär Schmid benennt dann die Gelegenheit, um seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß durch die Initiative des Ausschusses die sofortige Zahlbarmachung der im diesjährigen Haushaltshandbuch für die westlichen Grenzgebiete vorgesehenen 12,5 Millionen Mark ermöglicht worden ist. Die Reichsregierung hat sich mit dieser sofortigen Zahlbarmachung einverstanden erklärt, und wir werden noch bis Ende des laufenden Monats die erforderlichen Beiträge an die Landesregierungen zur Auszahlung bringen. Auch die Länderregierungen haben an die Reichsregierung die Bitte gerichtet, die Verteilung nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Die gesetzgeberischen Fortschritte des vergangenen Jahres auf dem Gebiete der Besatzungsfragen, das neue Besatzungsleistungsgesetz und die Novelle zum Besatzungspersonenfähigkeitsgesetz haben sich bereits, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, für die Bevölkerung ausgewirkt. Wir stehen im Endstadium der Entwicklung der sogenannten Abteilungs- und Auftragsabende, die bis zum Schluß des neuen Haushaltsschlusses gebracht sein wird. Damit muß aber nun endlich der Schlussstrich unter diese Entschädigungen gezogen werden. Wir haben in den verschiedenen Entschädigungsverfahren einen Betrag von rund 100 Millionen Mark für die Aufrechterhaltung mittlerer und kleinerer Existenz aufgewendet, daneben noch Kreditmaßnahmen für die mittleren und kleineren Existenz in einer Summe von etwa 80 Millionen Mark, so daß also die Hilfsaktion mit einem

Gesamtaufwand von 180 Millionen Mark durchgeführt worden ist, wohl ein Beweis dafür, daß wir in dem durch die allgemeine Finanzlage des Reichs gezeigten Rahmen auch gerade für die mittleren und kleineren Existenz in weitgehender Weise gesorgt haben. Staatssekretär Schmid schloß mit der Versicherung der Reichsregierung, daß die der Bevölkerung der besetzten Gebiete auch fernerhin treu zur Seite stehen werde und mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der verständigungswidrige Anachronismus der Besetzung ein baldiges Ende finden möge.

Abg. Dr. Drucker (D.A.)

erklärt, der im Bourg-Brockhaus habe befremdend gewirkt. Es sei eine schwere Belastung des nationalen Gewissens, daß uns durch das Londoner Abkommen die Verfolgung und Bevorzugung des Separatistengesindels unmöglich gemacht wird. Die Bemühungen nach Herablassung Preußens und Westfälischer Autonomie lehnt der Nebener auf schärfste ab. Die Zustände im besetzten Gebiet hätten sich politisch und wirtschaftlich verschärft. Das Land stehe unter der Herrschaft eines nur wenig gemilderten Kriegsreiches. Seit acht Jahren müsse das besetzte Gebiet schwiegend solche Zustände erdulden. Das sei nicht nur ein Widerspruch gegen alle Gesetze der Kultur, sondern auch gegen alle militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages. Das Rheinland sei in der Kaiserzeit nie mal so große Mängel erlebt wie 1927.

Londoner Stimmen gegen Frankreichs Unnachgiebigkeit.

London, 2. Febr. In einer Besprechung der Rude Stresemanns weist die „Times“ darauf hin, daß Frankreich in erster Linie aus der Rheinlandbesetzung wirtschaftliche und finanzielle Vorteile herauszuschlagen versucht; es scheine, daß Stresemann das anerkennt und bereit ist, dem Bunde der Franzosen in etwas nachzukommen. — „Daily News“ gibt Stresemanns Forderung auf Rheinlandräumung recht und schreibt wörtlich:

„Wir glauben nicht, daß die britische Regierung oder irgendein Teil der britischen öffentlichen Meinung verhindern würde, die Form „Internationaler Neutralität“, die die Anwesenheit einer französischen Armee und des Restes einer britischen Armee unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet, zu rechtfertigen.“

Wenn die Unterzeichner des Locarno-Paktes die Absicht hatten, ihre Verpflichtungen einzuhalten, dann ist die Forderung der Belegschaft eine Beleidigung für den gelungenen Menschenstand und das Gerechtigkeitsgefühl, ferner eine Beleidigung des deutschen Volkes und eine dauernde Gefahr für den Frieden.

Es kann kaum bezweifelt werden, daß die britische Regierung die britischen Truppen bereits morgen mit Freuden zurückziehen würde.“ Das Blatt schreibt weiter, daß alle französischen Friedensbedingungen wertlos seien, wenn die Besetzung bleibt, und es schehe ja so aus, als solle das bis zum nächsten Tage so weitergehen. — „Daily Telegraph“ meint, daß Locarno eine genügende Garantie für den Frieden sei, die auch Frankreich genügen müsse.

Der Kampf um die Preußenhasse.

Ein Schreiben der Genossenschaftsverbände an Geheimrat Semper.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Febr. Bekanntlich spielt seit längerer Zeit der Kampf des preußischen Finanzministers Hüppel mit Schloss gegen den Präsidenten der Preußischen Centralgenossenschafts-Landes, Geheimen Finanzrat Semper, dessen Kredit- und Finanzpolitik den regierenden Herren in Preußen seit geheimer Zeit ein Dorn im Auge ist. Nunmehr ist Geheimrat Semper das Opfer der preußischen Personalpolitik geworden und hat seinen Rücktritt genommen. Daraufhin haben die drei großen deutschen Genossenschaftsverbände: Deutscher Genossenschaftsverband, e. V., Generalverband der Deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, e. V., und der Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, e. V., an Geheimrat Semper nachstehend wiederausgegebene gemeinsame Vertrauenskundgebung aufzöpflich seiner abweichen Beurlaubung gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident! In den am 20. Januar abgehaltenen Sitzungen des Engeren Ausschusses und des Großen Ausschusses der Preußischen Centralgenossenschafts-Landes haben die Vertreter der Genossenschaften und der übrigen nichtstaatlichen Anteilsgenossenschaften genommen, Ihnen, hochverehrter Herr Präsident, vollstes und uneingeschränktes Vertrauen auszusprechen. Mit diesem Schreiben möchten wir unser Vertrauen auch Ihnen persönlich zum Ausdruck bringen. Wir verbinden damit unseren Dank, den wir Ihnen für Ihre fachliche und unparteiische Arbeit schulden. Zu einer Zeit, in der sich die Beziehungen im deutschen Geld- und Kreditwesen immer mehr aufzögern, übernahmen Sie die Leitung der Preußischen Centralgenossenschafts-Landes, in der Zeit der Inflation und Stabilisierung Rückhalt und Stütze gefunden hat. Ihre Geschäftsführung haben Sie stets die genossenschaftliche Arbeit fördert und zur Erhaltung und Vertiefung des genossenschaftlichen Gedankens beigetragen.“

Des weiteren haben wir Ihnen seit Ihrer seit vornehmster Denkungsart geschägt. In dieser Meinung können uns auch die gegen Sie gerichteten Angriffe in der Öffentlichkeit und der gezwungene Rücktritt von Ihrem Amt nicht irremachen. Wir bedauern Ihr Auscheiden aus Ihrem Amt, nachdem wir über sieben Jahre in gemeinsamer Arbeit gefunden haben, und hoffen, daß Sie trotz der Vorgänge in der letzten Zeit dem deutschen Genossenschaftswesen weiteren Dienst zu leisten und Ihr Wohlwollen bewahren werden.“

Diese Kundgebung ist von um so größerer Bedeutung, als tatsächlich die Belegung des Präsidentenpostens der so genannten Preußenhasse ausschlaggebend für das Gedeihen des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ist. Der der Landwirtschaft feindlichen preußischen Regierung ist es nunmehr gelungen, Geheimrat Semper, einen treuen Freund der deutschen Landwirtschaft, zu stürzen.

Kommissarisch beauftragt wegen des Rücktritts des Geheimrats Semper ist ein Mann namens Lepper, von dem verlautet, daß ihm die preußische Regierung das Aufsichtsrecht über die Preußenhasse angeboten hat, und sofort das doppelte Gehalt zugesetzt. Von der Preußenhasse abhängig ist das gesamte deutsche, nicht nur preußische landwirtschaftliche Kreditwesen in hohem Maße. Es handelt sich also um das Streben einer Parteidemokratisierung der Spalte der hauptsächlichen landwirtschaftlichen Kreditquellen.

Hindenburg auf der Ausstellung „Grüne Woche“.

Berlin, 2. Febr. Heute vormittag 9 Uhr besuchte der Reichspräsident in Begleitung des Reichsministers Schiele und des Majors v. Hindenburg die „Grüne Woche“. Er wurde in der neuen Ausstellungshalle im Namen der Stadt Berlin von Oberbürgermeister Dr. Böck, Direktor Dr. Schick vom Ausstellung-, Messe- und Fremdenverkehrsbamt der Stadt Berlin, sowie von dem Leiter der „Grünen Woche“ v. Dale und den Herren Grafen Koldenhoff, Prinz Isenburg, Präsident der Landwirtschaftskammer v. Oppen, Abg. Held und zahlreichen anderen Vertretern der Land- und Forstwirtschaftsorganisationen begrüßt. Der Reichspräsident besichtigte insbesondere die Abteilungen Jagd und Forstwirtschaft, „Gartenbau“ und „Fischerei“ und schaute zum Schlusse auch den Abteilungen „Die Milch“, „Die Kartoffel“ und „Schlachtbetrieb auf dem Lande“ in der alten Ausstellungshalle einen Besuch ab. Nach 1½ Stunden Rundgang, über den der Reichspräsident sich außerordentlich befreit äußerte, verließ er etwa 10.30 Uhr, von der Besuchermeute begrüßt, die „Grüne Woche“. (W.T.B.)

Kortnowy handelt doch.

Kattowitz, 2. Febr. Der vielgeschmähte und belästigte Führer der oberösterreichischen Aufstände, Kortnowy, wird der heftige Gegner des polnischen Wołodow in Kattowitz, wird trotz der gegen ihn ergripenen Kampagne und des verhängten Urteils des Warschauer Marcialgerichtes als Spitzenkandidat der Christlich-Demokratischen Partei in allen drei Wahlbezirken der Woiwodschaft Schlesien nominiert.